

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementspreis** im Monat einschließlich Bringerlohn 1.15 Mk., bei Selbstabholung 1.05 Mk.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 Mk., bei Selbstabholung 1.15 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.45 Mk., für 1 Monat 1.15 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

**Redaktion:**  
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 18008.

**Inserate** kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 80 Pfg., bei Plagvoorschritt 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Zeilauflage 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 8 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4508 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2701

## Mißtrauensvotum gegen das italienische Ministerium.

### Deutsche Kriegsziele im Osten.

II.

Es versteht sich von selbst, daß die Verfasser der hier besprochenen „östlichen“ Kriegszielschrift sich über solche Kleinigkeiten, wie ein russischer Revanchekrieg gegen Deutschland, den Kopf nicht zerbrechen. Der „geopolitische Zwang“ feiert vielmehr auch weiter seine Triumphe. Nachdem Finnland zu einem Epseiler und die baltischen Provinzen zu einer der wichtigsten Bastionen „Zwischeneuropas“ (nach der neuesten Terminologie des Geographen Albrecht Penck) gemacht worden sind, muß auch Litauen, als Zwischenglied zwischen dem Baltikum und Polen, dem neuen „mitteleuropäischen“ Staatensystem eingegliedert werden. Allerdings weiß der Verfasser der entsprechenden Abhandlung, Erich Jechlin, im Gegensatz zu jenen Kreisen, die bereits drauf und dran sind, einen litauischen Staat unter deutscher Oberhoheit zu errichten, nicht recht, was mit seinem Gebiet anzufangen. Ueber die Zukunft Litauens bemerkt er bloß:

Die künftige deutsche Politik in Litauen wird vor allem durch den Gesichtspunkt bestimmt, der für die etwaige Loslösung dieser Gebiete von Rußland maßgebend sein wird, und dabei wird sich zweifellos ein Weg finden lassen, der den zukünftigen Dingen nicht zu stark präjudiziert, dem Litauer ein hinreichend großes Feld zur Pflege seiner nationalen Eigenart überläßt und doch auch den deutschen Interessen gerecht wird! (S. 90.)

In dem vorhergehenden Kapitel über die baltischen Provinzen ist freilich auch Litauen als Zukunftsland der deutschen Kolonisation genannt worden. Wenn Jechlin sich darüber nicht äußert, so wird das seinen Grund wohl darin haben, daß er die inneren Schwierigkeiten eines solchen Unternehmens berücksichtigt und andererseits auch die polnischen Ansprüche auf Litauen kennt. Ob bei dieser Zurückhaltung auch die ostjüdische Frage mitgesprochen hat (die weiter unten besonders behandelt wird), mag dahingestellt bleiben.

Frei von jeder Zurückhaltung ist dagegen die nun folgende Abhandlung eines ungenannten Autors über Polen. Er präzisiert gleich zu Beginn seinen Standpunkt dahin, daß „mit der Auffassung des polnischen Gebietes und Volkes als eines Bestandteils von Mitteleuropa“ der oberste und entscheidende Grundsatz für das Verständnis der polnischen Frage in deutschem Sinne gegeben ist“. Das ist klar und unabweisbar gesprochen, zumal wenn man bedenkt, in welchem Sinne der Begriff „Mitteleuropa“ in den ersten Abhandlungen des Sammelbuches angewandt worden ist. Noch klarer ist folgender Satz:

Der im Weltkrieg gefasste Entschluß Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, Polen als Königreich dem Bloß der Mittelmächte anzugliedern, verfolgt mit andern Mitteln denselben Zweck, wie einstmal die Teilungen Polens taten... Je fester und unlässlicher der polnische Staat mit Mitteleuropa verbunden wird, je mehr er sich militärisch, politisch und wirtschaftlich insbesondere auf Deutschland stützt, desto sicherer kann er die ihm auferlegte Aufgabe erfüllen, ein Zubehör und Bollwerk Mitteleuropas gegen Rußland zu sein. Die Polen haben hier die Möglichkeit, unter der heillosen Herrschaft auf die staatliche Zusammengehörigkeit mit ihrem Volksgenossen in Deutschland und Oesterreich, ein hohes Maß politischer Selbständigkeit in dem verbleibenden, Rußland abzunehmenden Hauptteil ihres alten Landes zu genießen... Unsere Aufgabe in der polnischen Frage ist daher, diese schwer erzwungene Nachstellung gegen Rußland im Frieden dauernd festzuhalten und auszubauen sowie den Polen innerhalb des hierdurch gezogenen Rahmens die freie Entwicklung ihres völkischen Lebens zu gewährleisten. (S. 108/4.)

Bei seiner weiteren Schilderung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zustände in Polen muß der Autor freilich zugeben, daß die auf der oben skizzierten Grundlage erfolgte Ausruhmung des polnischen Staates keine den deutschen Erwartungen entsprechenden Folgen gezeitigt habe.

Einig sind alle Parteien zweifellos in dem Wunsche, möglichst bald der deutschen Bevormundung ledig zu werden, einen eigenen König (?), eine unabhängige Verfassung und möglichst weit gesteckte Grenzen, vor allem mit Einschluß ganz Litauens und Weichholands zu erhalten — ohne Rücksicht darauf, wie dann Deutschland die nötige Sicherheit nach Osten und eine genügende Landentscheidung für seine ungeheuren Opfer erhalten könnte. (S. 120/21.)

Die Polen scheinen also demnach den Zweck anders aufzufassen, der, nach den Worten unseres Autors, mit andern Mitteln dasselbe erreichen soll, wie die Teilungen Polens. Das hält indessen den Autor nicht ab, die Forderungen der deutschen Politik an die Polen nochmals mit aller Bestimm-

heit dahin zu umschreiben, daß die Polen „auch wirklich von der Notwendigkeit eines ehrlichen, vorbehaltlosen und unauf löslichen Anschlusses an die Mittelmächte und insbesondere an ein militärisch und politisch starkes deutsches Reich“ durchdrungen sein müßten. Wie dieses Ziel mit den starken wirtschaftlichen und politischen Gegentendenzen und -kräften in Einklang gebracht werden kann, wird vom Autor leider nicht verraten, ebensowenig was geschehen soll, wenn die Polen auch in Zukunft den deutschen Erwartungen nicht entsprechen sollten. Der „geopolitische Zwang“ weist hier zweifellos eine Lücke auf.

Widerrätlich ist in dieser Beziehung auch die folgende Abhandlung von Axel Schmidt über die Ukraine. „Hat Deutschland — fragt er — ein Interesse an der Abtrennung der Ukraine von Rußland und an der Bildung eines eigenen ukrainischen Staatswesens?“ Die Antwort darauf klingt zunächst bejahend. Ueber 30 Millionen können durch die Loslösung der Ukraine „zugunsten der Mittelmächte gebucht“ werden. Auch glaubt Herr Schmidt, daß die Voraussetzungen für ein eigenes Staatswesen in der Ukraine gegeben seien. Er zweifelt aber — und mit Recht —, ob dieser Gedanke schon Gemeingut der ukrainischen bäuerlichen Masse geworden sei. (Daß namentlich die Revolution in Rußland die Möglichkeit einer Verständigung zwischen dem freien Rußland und der autonomen Ukraine erwiesen hat, zieht der Autor merkwürdigerweise gar nicht in den Kreis seiner Betrachtungen). Zum Schluß bemerkt er aber tröstend:

Wer also Deutschland auf die Dauer von der russischen Gefahr befreien will, der muß seine Gedanken auf die Ukraine richten, um sie zu einem selbständigen Leben wieder zu erwecken. (S. 100.)

Dieses Ziel macht zwar dem guten Herzen des Verfassers alle Ehre, entspricht aber weder der politischen Wirklichkeit, noch steht es im Einklang mit den eigenen Darlegungen des Verfassers. Es erscheint vielmehr wie eine vorgefasste, der Darstellung unmotiviert angehängte Tendenz, die allerdings dem ganzen Sammelbuch insofern entspricht, als sie unter das lustige Gebäude des mit Mitteleuropa verbundenen „Zwischeneuropa“ den Schlüsselstein setzt und das russische Reich zu dem Dasein eines von allen Meeren abgebrängten, verkrüppelten Staates dritten Ranges verurteilt.

Die Darstellung des Inhalts des Sammelbuches wäre unvollständig, wenn nicht auch des Aufsatzes des Regierungsrates Georg Frik über die Ostjudenfrage Erwähnung getan würde. Der Autor hat dieses Thema schon vor zwei Jahren in einer besonderen Schrift behandelt, seine jetzigen Forderungen zeichnen sich aber durch besondere Schärfe und Aktualität aus und stehen mit dem Annexionsprogramm des Sammelbuches in engem Zusammenhang. Nach Herrn Frik sind die Juden „ein Keim der Zerstückung für alles Bodenständige und Erhaltende“, „Zerstörer und Auflöser völkischer Eigenart und Entwicklung“, „Feinde jeder Autorität“, „Schürer in den Klassenkämpfen“, „Parteiläufer und Führer des Umsturzes“. Müßten wir schon die Juden „hinnehmen als ein Schicksal“, so ist der drohenden Gefahr einer Judenflut aus dem Osten rechtzeitig ein Damm entgegenzusetzen. Denn leider, leider enthalten die im Osten besetzten Gebiete auch mehrere Millionen Juden, die den Herren Annexionisten arges Kopfzerbrechen verursachen. Sie seuzen mit Schiller:

Des Lebens ungemischte Freude  
Ward keinem Sterblichen zuteil

und sinnen nach Mitteln, um zwar die in Frage kommenden Gebiete zu behalten, die dort lebenden Juden aber für Deutschland unschädlich zu machen.

Herr Frik hat für diese Frage eine probate Lösung gefunden. Vor allem dürfen die „Ostjuden“ nicht nach Deutschland hineingelassen werden. Die Grenze ist für sie luftdicht zu verschließen und es sind Maßnahmen zu treffen, daß sie nicht „auf heimlichen Schleichwegen“ über die Grenze kommen. In Gebieten, die wie Litauen dem Reiche enger angegliedert (!) werden sollen, treten die „nichtdeutschen Bewohner“ zum Reich in das Verhältnis von „Schutzbefohlenen“, nicht von Reichsangehörigen, die Freizügigkeit im deutschen Reich müßte ihnen verlagert werden. Damit wäre aber die Gefahr nur zur Hälfte beseitigt. Es muß außerdem Sorge getragen werden, daß die Juden aus den annektierten Gebieten (in denen sie seit Jahrtausenden leben), nach Rußland abströmen! Deshalb muß die zukünftige Lage der russischen Juden „einen

\* Georg Frik, Die Ostjudenfrage. Zionismus und Grenzschutz. München 1916, J. F. Lehmanns Verlag.

wichtigen Gegenstand der Friedensverhandlungen bilden“. (S. 251.) Dem Sieger stehe es wohl zu, dem Besiegten solche Bedingungen aufzuerlegen und eine Gefahr künftiger Verwicklungen zu beseitigen! Deshalb müßte Deutschland für die Freizügigkeit und politische Gleichberechtigung der Juden — in Rußland eintreten, zumal die Revolution diese Aufgabe erleichtert habe. Ferner müßte allen früheren russischen Staatsangehörigen, also auch den Juden, auf eine längere Frist, vielleicht zehn Jahre, das Recht der Option (Wahl der Staatsangehörigkeit) für ihren alten Staat eingeräumt werden. Mit diesen Mitteln: Grenzschluß nach Deutschland, Verweigerung der Bürgerrechte in der bisherigen Heimat und Erleichterung des Abzuges nach Rußland hofft Herr Frik die „Ostjudengefahr“ zu beseitigen. Widrigenfalls droht er mit dem Wiederaufheben der Judenfrage in Deutschland, die nur im Sinne einer Ausnahme gesetzgebung gelöst werden könnte.

Die farbenprächtige Figur dieses um die Freiheit der Juden in Rußland und ihre Unfreiheit in ihrer Heimat und in Deutschland besorgten Annexionisten beschließt harmonisch die Reihe der in dem Serlingschen Sammelbuch verfaßten Propagandisten eines „erweiterten Mitteleuropa“. Die Deffektivität muß ihnen Dank wissen, daß sie sie über die eigentlichen Ziele des deutschen „Befreiungswerks im Osten“ so eingehend aufgeklärt haben: In der deutschen Arbeiterklasse wird es liegen, durch unbedingten Kampf gegen diesen wie jeden andern Annexionismus, mag er offen-brutal oder freigeitlich freiert auftreten, die Ziele dieser Herren gründlich ab absurdam zu führen.

### Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

Der vierte Verhandlungstag brachte die Debatte über die politische Demokratie und nationale Autonomie. Alle Redner sprachen sich gegen die Unzulänglichkeit der autonomen und juristischen bürokratischen Verwaltungen, und für den Kampf um die Demokratie und die Lokalverwaltung aus. Am Schluß der Debatte wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die zunächst die Kämpfer für die Demokratie überall begrüßt, und dann fortführt:

Die organisierte Arbeiterklasse Oesterreichs ist nicht gewillt, in diesem Kampfe zurückzubleiben, und nicht gewillt, die politische Entrechtung, die sie in ihrem eigenen Staate in den Gemeinden und Ländern erfährt, länger geduldi zu ertragen; sie fordert die endliche Durchführung ihrer vollen politischen Gleichberechtigung in allen öffentlichen Einrichtungen des Staates und erklärt: Inmitten der allgemeinen Demokratie der Welt und neben dem demokratischen Bund freier Völker in Rußland kann Oesterreich nicht bestehen ohne die Verwirklichung der Selbstregierung des Volkes und des Selbstbestimmungsrechts der Nationen.

Die politische Demokratie soll erreicht werden durch die einheitliche allgemeine Kreisverfassung für ganz Oesterreich auf Grund der nationalen Abgrenzung der Kreise und in gemischtsprachigen Gebieten auf Grund der nationalen Sonderung in eigenen Verwaltungskörpern. Die Aufrichtung der lokalen Selbstregierung des Volkes, die unverzügliche Einführung des allgemeinen gleichen Verhältniswahlrechts in Gemeinde und Kreis wird als das nächste und dringendste Gebot jeder Verfassungsreform bezeichnet.

Der Parteitag fordert die Umwandlung Oesterreichs in einen Nationalitätenbundesstaat, wozu die Kreisverfassung und die Selbstregierung des Volkes im Kreise einen gangbaren Weg weise. Er warnt vor dem Wiederaufbau der alten Landtage, die immer nur Mittel der nationalen Fremdherrschaft gewesen seien. Alle in den Wahlkreisen einer Nation gewesenen Abgeordneten seien als Nationalvertreter einzusetzen, die das in Kreisen organisierte eigene Siedlungsgebiet der Nation zu verwalten hätten. Die gesamtstaatliche Verwaltung sei zu führen durch den Bundesstaat der sich selbst regierenden Nationen, die im Wege der Vereinbarung ihre gemeinsamen Angelegenheiten bestimmen und in verhältnismäßiger Anteilnahme an der Macht gemeinsam ordnen. Diese Verfassung soll das Parlament des allgemeinen Stimmrechts berufen. Verlage das Gesetz, so müßten Neuwahlen stattfinden.

Nach der Annahme dieser Resolution beschäftigte sich der Parteitag mit der Erhöhung der Parteibeiträge, die schließlich angenommen wurde.